

21.01.2022

Kleine Anfrage 6318

der Abgeordneten Inge Blask und André Stinka SPD

Steigende Energiekosten treffen Bürgerinnen und Bürger hart – einige Stadtwerke in NRW kommen ihrer sozialen Pflicht nicht mehr nach

Die steigenden Energiekosten für Strom und Gas bringen immer mehr Menschen in NRW an ihre finanziellen Grenzen. Die Bundesregierung hat nun in einem ersten Schritt mit einem Heizkostenzuschuss für Wohngeldempfänger reagiert. Die dringliche Lage alarmiert auch die Verbraucherschützer.

Billigstromanbieter stellten von heute auf morgen die Lieferung ein, hunderttausende betroffene Haushalte fielen damit in die Ersatzversorgung zurück. In dieser Notsituation kommen einige Stadtwerke in NRW ihrer sozialen Pflicht nicht mehr nach und verlangen in ihrer Funktion als Grundversorger von der neuen Kundschaft extrem hohe Preise. Diese liegen um ein Vielfaches höher als die ihres bisherigen Kundenstamms in der Grundversorgung. Spitzenreiter waren laut einer Marktstichprobe der VZ NRW die Stadtwerke Düren mit 99 Cent pro kw/h und Gütersloh mit 92 Cent.

Damit verstoßen die Grundversorger gegen Vorschriften des Energierechts und sind in der Konsequenz von der Verbraucherzentrale NRW abgemahnt worden.

Angesichts dieser Situation fragen wir die Landesregierung:

1. Welche Stadtwerke in NRW verlangen von Ihren Neukunden eine sogenannte „Risikomarge“? (Bitte aufschlüsseln nach Stadtwerk sowie Anteil der „Risikomarge“ am Grundversorgungspreis)
2. Wie überwacht bzw. prüft die Energiekartellbehörde NRW die aktuellen Energiepreisentwicklung für Kundinnen und Kunden?
3. Welche Konsequenzen ergeben sich für die Landesregierung aus der Einschätzung der Energiekartellbehörde?
4. Welche Maßnahmen sieht die Landesregierung vor, um dem Missbrauch der marktbeherrschenden Stellung entgegen zu treten?
5. Was plant die Landesregierung, um der steigenden Energiearmut in der Bevölkerung von NRW entgegenzutreten?

Inge Blask
André Stinka

Datum des Originals: 21.01.2022/Ausgegeben: 21.01.2022